Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Mittwoch, 23. Dezember	1711

UNIVERSITY OF CALIFORNIA JAN 12 1937

Weihnachtsfeier der Dienststellen des Reichsleiters Bouhler.

Berlin, 23. Dezember. Reichsleiter Bouhler und seine Gattin hatten für Dienstag die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kanzlei des Führers der NSDAP. und der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums zu einer Weihnachtsfeier in das Haus der Flieger geladen.

Eine große Familie seien, so führte Bouhler aus, die beiden Dienststellen, die in diesem Jahr zum ersten Male das Fest der Weihnacht gemeinsam feierten, wie sie das ganze Jahr in Gemeinschaft einer Idee dienten und gemeinsam ihre verantwortungsvolle Arbeit täten, wobei einer auf den anderen angewiesen sei. Der Reichsleiter dankte allen für den Einsatz ihres besten Könnens, für ihre Treue und Hingabe, mit der sie sich ihrer Aufgabe unterzogen hätten. Er bat sie für das kommende Jahr um das gleiche Vertrauen und die gleiche Einsatzbereitschaft und gab dann einen kurzen Rückblick auf das vergangene, an Erfolgen und nationalsozialistischen Großtaten so reiche Jahr. Das ganze deutsche Volk bewege tiefer Dank dem Schicksal gegenüber, das ihm den Führer geschenkt habe. Das Sieg-Heil auf den Führer, dessen Grüße der Reichsleiter übermittelte, fand stürmischen Widerhall.

Der Prozeß gegen den Juden Arthur Simson.

Meiningen, 22. Dezember. In Meiningen nahm am Dienstag der vor sechs Monaten begonnene Prozeß gegen den ehemaligen Mitinhaber der früheren Simson-Werke in Suhl, den Juden Arthur Simson, und seine früheren Angestellten Bätz, Klett und Gutke sein Ende.

Der Jude Arthur Simson, der auf Grund des Versailler Diktats lange Zeit die Alleinbelieferung der Reichswehr mit gewissen Waffen durchführte, hatte diese Monopolstellung zu einer unsäglichen Ausbeutung des Reiches mißbraucht. Eine gewisse Wiedergutmachung erfolgte dann später durch die Abtretung der Werke an den Treuhänder, Reichsstatthalter und Gauleiter Sauckel.

Die Durchführung des Prozesses gestaltete sich äußerst schwierig, da der größte Teil des belastenden Materials feuergefährlich beseitigt worden war. Arthur Simson und seine Helfershelfer flüchteten ins Ausland. Seine Neffen Meyer, die in Dresden wegen Landesverrats verurteilt wurden, weil sie versucht hatten, Geheimmaterial über die tschechoslowakische Grenze ins Ausland zu bringen, wurden damals gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß belassen und benutzten die Gelegenheit ebenfalls zur Flucht ins Ausland.

So standen nur die früheren Angestellten Bätz, Klett und Gutke vor den Schranken des Gerichts. Der Prozeß endete mit dem Beschluß, das Verfahren gegen Arthur Simson vorläufig einzustellen. Fortgesetzt sind die Vermögensbeschlagnahme bleiben bestehen. Bätz und Klett wurden mangels Beweises freigesprochen. Gutke, der des Betruges schuldig war, wurden mildernde Umstände zugebilligt. Das Verfahren gegen ihn wurde auf Grund des Straffreiheitsgesetzes vom 7. August 1934 eingestellt, da er nur zu einer Gefängnisstrafe unter 1000 RM hätte verurteilt werden können. Die Verkündung der Urteilsbegründung erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung, da militärische Geheimnisse zur Sprache kamen.

Noch keine Verständigung in der Sandschak-Frage.

Paris, 22. Dezember. Die französisch-türkischen Besprechungen wegen des Sandschaks Alexandrette wurden am Dienstag nachmittag am Quai d'Orsay wieder aufgenommen, nach kurzer Zeit jedoch beendigt. Eine amtliche Verlautbarung besagt, daß die Besprechungen nicht zu einer Verständigung geführt haben und daß die beiden Parteien bestrebt sein müssen, die Möglichkeiten, die sich ergeben haben, die Besprechungen in Verbindung mit dem Berichterstatter des Völkerbundes noch bis zur Völkerbundssitzung auf diplomatischem Wege fortzusetzen.

Paris, 23. Dezember. Wie bereits am Dienstag abend bekannt wurde, sind die französisch-türkischen Verhandlungen zur Regelung der Frage des Sandschaks Alexandrette abgebrochen worden, da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten und eine Einigungsgrundlage nicht gefunden werden konnte. In französischen politischen Kreisen bedauert man diesen Mißerfolg, hofft aber, daß es auf dem Wege diplomatischer Besprechungen noch gelingen wird, eine Verständigungsgrundlage zu finden. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Berichterstatter beim Völkerbund in dieser Frage, Sandler, noch vor dem Wiederzusammentritt des Völkerbundes eine neue Zusammenkunft der Unterhändler der beiden Länder herbeiführen wird, um zu versuchen, die Frage auf freundschaftlichem Wege zu regeln.

Bei den letzten Pariser Verhandlungen hat die türkische Regierung ihren Standpunkt voll und ganz aufrechterhalten. Sie fordert nach wie vor eine Abtrennung des Sandschak-Gebietes Alexandrette von Syrien. Um den französischen Wünschen aber entgegenzukommen, hatte die türkische Regierung vorgeschlagen, daß Syrien und der Libanon zu einem Staatenbund vereinigt würden, dem auch der Sandschak Alexandrette mit beiden Rechten und Pflichten angehören könnte. Auf diese Weise würde der engere Bündnisvertrag zwischen dem Sandschak und Syrien, die Frankreich nicht unterbrochen sehen möchte, aufrechterhalten. Dieser Vorschlag ist jedoch von der französischen Regierung abgelehnt worden, weil er doch eine Aufteilung des syrischen Gebietes bedeute und die Verträge in Frage stellen könne, die Paris mit den Regierungen in Beirut und Damaskus abgeschlossen hat.

Französischerseits hat man sich bereit erklärt, im Rahmen des türkisch-französischen Vertrages von 1921 einige Angleichungen vorzunehmen und insbesondere die Garantien für die türkische Minderheit in Alexandrette auszudehnen. Nachdem der türkische Außenminister aber in letzter Stunde sehr ernst ungrenzte Anweisungen aus Ankara erhalten hatte, stellte man fest, daß die Weiterführung der Besprechungen auf der augenblicklichen Grundlage zu keinem Ergebnis führen würde.

Streik bei französischer Tabakmanufaktur.

Paris, 23. Dezember. Die Belegschaft der Staatlichen Tabakmanufaktur in Nantes, etwa 800 Männer und Frauen, traten am Dienstag in den Streik, da die Direktion zwei Entlassungen ausgesprochen hatte. Die Streikenden fordern die Ablösung des Direktors und seines Stellvertreters. Außerdem verlangen sie Bezahlung der Streiktage und Wiedereinstellung der beiden Entlassenen.

Die französische Eisenbahnanleihe an Polen.

Warschau, 22. Dezember. Nach einer Meldung des regierungsfreundlichen „Kurjer Czerwony" ist der zweite Abschnitt der französischen Eisenbahnanleihe für die Kohlenbahn Oberschlesien—Gdingen infolge der Abwertung der französischen Währung von 300 auf 400 Millionen Franken erhöht worden.

Britische Kohle für Irland.

Dublin, 23. Dezember. Nach einer Mitteilung des irischen Industrie- und Handelsministers wird der Freistaat Irland für die Zeit vom 23. Januar 1937 bis 31. Januar 1938 insgesamt 3,1 Millionen Tonnen britischer Kohle zugelassen. Angesichts dieser Mitteilung ist damit zu rechnen, daß die zur Zeit noch im Gange befindlichen Verhandlungen über eine Fortsetzung des bestehenden Tauschabkommens zwischen dem Freistaat und England zu einem Erfolg führen werden. Die Gegenleistung Englands besteht in der Zulassung irischen Viehs.

Kommunistische Mordtat in Barcelona.

London, 23. Dezember. Ueber die anarchistischen Zustände in Barcelona und die Zwistigkeiten der verschiedenen kommunistischen Gruppen untereinander bringt der **Daily Telegraph** am Mittwoch einen bemerkenswerten Bericht seines Sonderkorrespondenten. Danach war dieser Tage in Barcelona unvermutet die Verdunkelung der Stadt angeordnet worden, sodaß die Bevölkerung an einen unmittelbar bevorstehenden Luftangriff glaubte. Diese Annahme wurde verstärkt durch die Tatsache, daß in mehreren Teilen der Stadt Gewehrschüsse gehört wurden. Nach einer Verdunkelung von 15 Minuten Dauer wurde die Stadt wieder beleuchtet, und ein Rundfunksprecher machte die unbestimmte Mitteilung, daß die „Gefahr vorüber" sei.

In Wirklichkeit hatte sich entgegen den widerspruchsvollen Behauptungen der marxistischen Presse von Barcelona, die teils von einem „feindlichen Luftangriff" und teils von einer „Luftabwehrübung" sprach, folgendes zugetragen:

In letzter Zeit war die Gegnerschaft zwischen den größeren Gruppen der Anarchisten und Kommunisten infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der einträglicheren Pfründe immer bedrohlicher geworden, sodaß eine dieser Gruppen beschloß, unter dem Schutze einer „Luftabwehrverdunkelung" die Konkurrenz zu vernichten. Nach dem „Daily Telegraph" forderte der vorgetäuschte „Luftangriff" hierbei 100 Tote und 150 Verwundete. Die Mehrzahl der Opfer sind katalanische Sozialdemokraten, die nach Ansicht der anarchistischen und kommunistischen Gruppen „nicht radikal genug" sind.

50 000 „Freiwillige" aus Frankreich.

Paris, 23. Dezember. Echo de Paris berichtet, daß mehr als 50 000 Freiwillige seit Beginn der Kämpfe in Spanien die französisch-spanische Grenze von Cerbère nach Port-Bou (Nordostecke Spaniens) überschritten hätten.

Das gleiche Blatt gibt eine Meldung aus Tanger wieder, wonach die Bolschewisten von Valencia im Fremdenviertel der Stadt ein Rekrutierungsbüro eröffnet haben.

Neues Eingeständnis der spanischen Bolschewisten.

Salamanca, 23. Dezember. Der kommunistische Jugendverband erließ über seinen eigenen Mundfunksender einen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß alle Begeisterung nicht zum Siege führen könne, solange die elementarsten Voraussetzungen der Disziplin nicht erfüllt würden. Nachdem in diesem Aufruf ganz offen zugegeben worden ist, daß die roten Streitkräfte bei jeder nicht unbedeutenden Gelegenheit erlitten haben, heißt es weiter: Wenn dieser Undurchführbarkeit nicht bald durch eine Vereinheitlichung des Oberbefehls begegnet wird, wird sich der Zusammenbruch immer mehr nähern.

Der gleiche Sender fordert zur Bildung motorisierter Milizpatrouillen auf, die „Erschießungen vornehmen und unter den Bolschewisten aufräumen" sollen. Begründet wird diese Forderung mit der allgemeinen Teuerung im bolschewistischen Teil Spaniens, die angesichts des Warenmangels von gerissenen Händlern und jüdischen Geschäftemachern herbeigeführt worden ist.

In 6 Tagen 2100 Personen in Madrid umgebracht.

Salamanca, 23. Dezember. In der Zeit vom 27. November bis zum 2. Dezember wurden in Madrid, wie ein ganz unterrichteter Flüchtling bekundet, 2100 Personen, darunter Frauen und sogar zweijährige Kinder, von den spanischen Bolschewisten erschossen. Nach zuverlässigen Schätzungen haben die Anarchisten und Kommunisten seit Beginn der Kämpfe in Spanien 45 000 bis 60 000 Menschen umgebracht.

Die Schreckensherrschaft in Madrid.

London, 23. Dezember. Die Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Madrid schildert ein Bericht des Sonderkorrespondenten der **Times.** Auf den Straßen im Nordost und Osten der Stadt finde man an jedem Morgen Frauen und Männer, alte und junge, tot auf, die Opfer des Massenhasses geworden seien. Der Aufruf der „Junta" zur Ablieferung der Waffen sei nicht befolgt worden.

Am 5. Dezember seien auf dem Ronda-Platz acht Männer tot aufgefunden worden. Wenige Tage vorher habe man an derselben Stelle die Leichen von zwei Frauen und einem Manne von der vorüberfahrenden Straßenbahn aus sehen können. Am 15. November seien sieben Nonnen festgenommen worden, zwei Tage später habe man sie als Leichen fortgeschafft. Eine Person, die in einem Außenbezirk von Madrid wohne, habe seit Juli von ihrer Wohnung aus 125 Leichen gezählt.

So gehe das Morden von Tag zu Tag und Woche zu Woche weiter. Auf diese Weise seien in Madrid mehr Personen ums Leben gekommen, als im Kampfe gefallen seien. Die meisten Ermordeten seien Beamte, Priester und Führer von Vereinigungen.

Erfolgreicher Vormarsch der nationalen Truppen.

Salamanca, 23. Dezember. Die nationalen Truppen setzen ihren Vormarsch in der Provinz Cordoba erfolgreich fort. Nach dem Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca wurden am Dienstag von den Streitkräften der nationalen Südarmee die Orte El Carpio und Pedro Abad (etwa 28 bzw. 35 km östlich der Stadt Cordoba) sowie der Ort Villafranca de Cordoba erobert. Die Bolschewisten hatten starke Verluste. Ihnen wurden viel Kriegsmaterial und zahlreiche Maschinengewehre abgenommen.

Im Norden wiederholten die bolschewistischen Truppen im Kampfabschnitt von Villarreal in der Provinz Alava ihre Angriffe auf die von den nationalen Truppen am Montag eroberten Stellungen. Sie erlitten dabei große Verluste, ohne ihr Ziel zu erreichen.

An der Front von Madrid wurde bei einem Luftkampf ein zweimotoriges bolschewistisches Bombenflugzeug abgeschossen.

Spanische Bolschewisten vernichten Gerichtsakten.

Paris, 23. Dezember. Die roten Machthaber in Valencia haben am Dienstag nachmittag in einem „Kabinettsrat" einen Beschluß gefaßt, der ein bezeichnendes Licht darauf wirft, aus was für Elementen sich ihre Anhängerschaft zusammensetzt. Sie haben nämlich beschlossen, die Gerichtsakten über Urteile zu vernichten, die vor dem 19. Juli 1936, also vor der nationalen Erhebung, gefällt worden sind. Offenbar haben sie ein außerordentlich starkes Interesse daran, ihre eigenen Machenschaften und die Schandtaten ihrer Anhänger, deren Rädelsführer sich bekanntlich zum größten Teil aus notorischen Verbrechern zusammensetzen, einer späteren Nachprüfung zu entziehen.

Gleichzeitig haben die Bolschewistenhäuptlinge beschlossen, ihre politischen Gegner, die sie gefangen halten, in „Arbeitslager" zu überführen.

General de Llano über Bolschewistentricks.

Lissabon, 23. Dezember. General Queipo de Llano teilte in seiner Ansprache über den Sender Sevilla am Dienstag abend mit, es stehe nunmehr einwandfrei fest, daß das Bombenflugzeug der Madrider französischen Botschaft, das vor etwa zwei Wochen 100 km nördlich von Madrid abgeschossen worden sei, nicht, wie es eine gewisse ausländische Presse wahrhaben möchte, von den nationalen Truppen, sondern von den Roten selbst heruntergeholt worden sei.

Er sei auch überzeugt, daß der sowjetrussische Dampfer, der kürzlich im Mittelmeer unterging, von einem roten U-Boot torpediert worden sei. Auf diese Art und Weise wollen, so erklärte General de Llano, die Bolschewisten unter allen Umständen erreichen, daß sich besonders Frankreich und England auf ihre Seite stellen. Dazu seien den Bolschewisten alle Mittel recht, sogar die Torpedierung eines eigenen Schiffes.

Sowjetrussische Arbeiter müssen wieder „spenden".

London, 23. Dezember. Nach einer Meldung des **Daily Telegraph** aus Moskau benutzen die Sowjetbehörden die Verleihung des Dampfers „Komsomol", die durch ein Kriegsschiff der spanischen Nationalisten erfolgt sein soll, dazu, von den sowjetrussischen Arbeitern eine Abgabe in Höhe eines halben Tagelohnes je Monat zum Bau von fünf neuen Kreuzern und zehn Motorschiffen zu erpressen.

Lampson britischer Botschafter in Kairo.

London, 23. Dezember. Der bisherige britische Oberkommissar für Aegypten, Sir Miles Lampson, ist, wie amtlich mitgeteilt wird, zum britischen Botschafter in Kairo ernannt worden. Die Umwandlung des Oberkommissariats in eine diplomatische Vertretung bringt auch nach außen hin die Wiederherstellung der ägyptischen Hoheitsrechte zum Ausdruck.

Paraguays Außenminister reist zur Chacostreit-Schlichtung.

Asuncion, 23. Dezember. Die Regierung von Paraguay hat beschlossen, Dr. Stefanich nach Buenos Aires zu entsenden, um dort an den wichtigen und wahrscheinlich entscheidenden Beratungen zur endgültigen Bereinigung der Chaco-Streitfragen teilzunehmen. Stefanich wird am Mittwoch nach Buenos Aires abfliegen.

Amerika zur Gesandtschaftsumwandlung in Aethiopien.

Washington, 22. Dezember. Zur Umwandlung der Gesandtschaften Englands und Frankreichs in Aethiopien in Konsularbehörden erklärte der stellvertretende Außenminister Moore, die Regierung der Vereinigten Staaten habe diese Frage bisher noch nicht erwogen.

Inoffiziell wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung vertraglich verpflichtet sei, gewaltsame Veränderungen der Souveränität nicht anzuerkennen. Ob auch ohne Anerkennung des Hoheitsrechtes die Gesandtschaft aus realpolitischen Gründen in ein Generalkonsulat umgewandelt werden soll, sei bisher noch nicht erörtert worden. Da die Vereinigten Staaten weder Mitglied des Völkerbundes seien, noch sich an den Sanktionen gegen Italien beteiligt hätten, erübrigen sich die Bezüchungen zu Italien durch eine Nichtanerkennung keine Trübung. Prophezeiungen darüber, ob und wann etwa eine Umwandlung erfolgen werde, werden abgelehnt.

Die Vorgänge in Sianfu.

Peiping, 22. Dezember. Die Vorgänge in Sianfu, die zur Gefangennahme Tschiangkaischeks führten, scheinen doch weniger blutiger verlaufen zu sein, als anfänglich angenommen wurde. Von der 52 Mann starken Leibgarde Tschiangkaischeks sind, wie jetzt bekannt wird, nur noch sechs am Leben.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.